



# MASTERPLAN DER BAYERISCHEN ASYLHELFER\*INNEN

Die bayerischen Asylhelfer\*innen veröffentlichen ihren eigenen Masterplan. Wir zeigen hier Wege auf, wie eine menschenwürdige und geordnete Asylpolitik gelingen kann – gestützt auf unsere Erfahrungen, die wir seit vielen Jahren tagtäglich vor Ort in der Asylarbeit machen.

Inklusive der „60 Forderungen zur Landtagswahl – für eine bayerische Asylpolitik mit Zukunft und Anstand“

# Inhalt

\*Die aufgenommenen 60 Forderungen zur Landtagswahl sind in der Reihenfolge geändert

---

<b>Globale Migrations- und Fluchtbewegungen verstehen, Fluchtgründe wirksam bekämpfen .....</b>	<b>2</b>
Flüchtlinge und Arbeitsmigrant*innen als partnerschaftliche Akteure betrachten .....	2
Die Komplexität globaler Migrationsphänomene ernstnehmen und erforschen.....	2
Entwicklungshilfe nicht auf Fluchtursachenbekämpfung reduzieren .....	2
Atmende Migration ermöglichen.....	3
Länder, die die Hauptlast der Migration tragen, nicht alleine lassen .....	3
Den deutschen und europäischen Anteil an globalen Fluchtursachen reflektieren.....	4
Anstrengungen in den Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe intensivieren.....	5
Fairen Handel mit Afrika ermöglichen .....	5
Waffenexporte an autoritäre Staaten stoppen .....	6
Herausgeberschaft.....	7

# Globale Migrations- und Fluchtbewegungen verstehen, Fluchtgründe wirksam bekämpfen

---

## Flüchtlinge und Arbeitsmigrant\*innen als partnerschaftliche Akteure betrachten

Die Herausforderungen auf der Welt sind so komplex, dass wir sie nicht alleine lösen können. Keine Politik eines einzelnen Landes kann allen globalen Anforderungen gerecht werden. Umso wichtiger ist es, die Selbstverantwortung der einzelnen Akteure zu stärken und sie für eine gemeinsame Lösung globaler Probleme einzubinden. Flüchtlinge und Arbeitsmigrant\*innen sind keine gesichtslosen Wellen, die auf Europa zubrausen, sie sind auf keinen Fall „Menschenfleisch“ (Salvini), das an Europas Küsten verschifft wird, sie sind auch keine Herde todesmutiger Lemminge. Es sind einzelne Menschen, die aus unterschiedlichen Motiven handeln, aber zuallererst das eigene Leben und das ihrer Angehörigen in den Heimatländern verbessern möchten. Aus globaler Perspektive betrachtet kann die Unterstützung, die Angehörige von Migrant\*innen durch ebendiese erhalten, als Fluchtursachenbekämpfung angesehen werden. Das ist ein Potential, das man nutzen kann, wenn man mit den migrierenden Menschen, anstatt gegen sie arbeitet.

## Die Komplexität globaler Migrationsphänomene ernstnehmen und erforschen

„Ganz Afrika möchte nach Deutschland kommen“, ist eine ebenso falsche Aussage wie die, dass unter den Flüchtlingen in Deutschland keine Arbeitsmigrant\*innen seien. Die überwältigende Mehrheit der rund 67 Mio. Flüchtlinge auf dem Globus kann sich keine Flucht in weit entfernte Länder leisten und wird niemals nach Europa kommen. Trotzdem ist der Umgang mit globalen Fluchtbewegungen eine der größten Herausforderungen für die Menschheit im 21. Jahrhundert, besonders angesichts des weltweiten Bevölkerungswachstums. Eine solche Herausforderung erfüllt viele Menschen mit Sorge. Gerade deshalb bedarf es fundierter und langfristiger Lösungsansätze. Wir müssen viel mehr Mittel dafür bereitstellen, globale Migrationsphänomene zu erforschen, und sollten Politiker\*innen verpflichten, diese Erkenntnisse in ihrer Gestaltungsarbeit zu berücksichtigen. Deshalb ist es eine gute Nachricht, dass sich auch die UN-Mitgliedsstaaten im Rahmen ihres Migrationspaktes (GCM) verpflichten, die Forschung zur internationalen Migration zu stärken. Auch im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung wurde eine Kommission „Fluchtursachen“ angekündigt – wir warten noch auf Ergebnisse. Je genauer wir die unterschiedlichen Motivationen der Flüchtlinge und Migranten erforschen, desto individueller und erfolgreicher können wir auf sie eingehen. Pauschalurteile helfen niemandem und lösen kein Problem.

## Entwicklungshilfe nicht auf Fluchtursachenbekämpfung reduzieren

Misereor-Geschäftsführer Martin Bröckelmann-Simon skizziert in einem Gastbeitrag für die SZ vier Thesen zur [Entwicklungszusammenarbeit](#): 1. Entwicklungshilfe ist komplex und erfordert Geduld. Wer schnelle Lösungen verspricht, erweckt falsche Erwartungen. 2.

Entwicklungshilfe führt mittelfristig nicht zu weniger, sondern zu mehr Migration. Zirkuläre, grenzüberschreitende Arbeitsmigration kann entwicklungspolitisch Gutes bewirken, wenn man ihre wirtschaftliche Logik akzeptiert. 3. Entwicklungspolitik darf nicht einem europäischen „Tunnelblick“ verfallen. In einer globalisierten Welt können wir es uns nicht leisten, Entwicklungszusammenarbeit nur auf bestimmte Länder und Fluchtursachenbekämpfung zu reduzieren. 4. Entwicklungszusammenarbeit darf nicht allein egoistischen Motiven folgen, sondern muss auch Konsequenzen für die eigene Lebensweise haben. Bröckelmann-Simon schreibt: „Wasch mich, aber mach mich nicht nass - diese Devise kann nicht funktionieren, wenn es um wahrhaft strukturelle Ursachenbekämpfung miserabler Lebensperspektiven geht. [...] Weder Nord noch Süd noch einzelne Staaten können die Erde für sich allein gewinnen und bewahren, ohne sie allen Völkern zuzugestehen. Diesen Horizont braucht Entwicklungszusammenarbeit - und nicht den Tunnelblick.“

## Atmende Migration ermöglichen

Menschen haben zu allen Zeiten und aus vielerlei Gründen ihr Heimatland verlassen und sind in andere Länder gezogen. Migration muss daher als eine Konstante des menschlichen Lebens begriffen werden. Studien zur weltweiten Migration zeigen zweierlei: 1. Steigender Wohlstand im Herkunftsland führt zunächst zu mehr Migration. 2. Migration kann, wenn sie richtig begleitet wird, sowohl im Herkunfts- als auch im Aufnahmeland zu mehr wirtschaftlichem Wohlstand führen. Steigende Migrationszahlen sind daher zuallererst ein gutes Zeichen. Dennoch stellen Migrationsbewegungen immer auch eine Herausforderung dar, auf die Nationalstaaten flexibel reagieren müssen, indem sie z. B. grenzüberschreitende, zirkuläre Migration zulassen. Starre Maßnahmen wie dauerhafte Grenzschließungen bewirken das Gegenteil: Wenn Menschen nach der Ausreise nicht mehr in ein Land einreisen könnten, veranlasst sie das, gar nicht erst auszureisen. Sie lassen sich dauerhaft im Aufnahmeland nieder und versuchen Angehörige nachzuholen (so zu beobachten heute an der mexikanisch-amerikanischen Grenze oder nach dem Stopp des Anwerbeabkommens 1973 in Deutschland). Wir müssen mit der weltweiten Migration und nicht gegen sie arbeiten. Wir wollen keine „atmende Obergrenze“ für Asyl, wir wollen ein sozial gerechtes Einwanderungsgesetz. Wir wollen atmende EU-Außengrenzen, über die man in kontrollierter Weise hinein-, hinaus- und wieder hineingehen kann. Mit den Bedürfnissen der Menschen und nicht gegen sie.

## Länder, die die Hauptlast der Migration tragen, nicht alleine lassen

Laut Berechnungen des UNHCR und UNRWA sind die zehn Länder, die pro 1000 Einwohner\*innen die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben, Libanon (164), Jordanien (71), Türkei (43), Uganda (32), Tschad (28), Schweden (24), Südsudan (23), Sudan (22), Malta (19), Djibouti (18) (Infos unter: [UNHCR: Global Trends – Forced Displacement in 2017](#)). Mit Schweden und Malta gehören zu dieser Liste nur zwei Länder der EU. Natürlich sind die

**„VON DEN BEFRAGTEN OHNE MIGRATIONSINTERGRUND SIND RUND 60 PROZENT DAFÜR, WEITERHIN FLÜCHTLINGE AUFZUNEHMEN, SELBST WENN DEUTSCHLAND DAS EINZIGE EU-LAND SEIN SOLLTE, DASS DAZU BEREIT IST.“**

– Zeit Online am 17.09.2018

Link: [Bericht über den Integrationsbarometer 2018](#)

Standards, unter denen Geflüchtete in diesen Ländern untergebracht sind, nicht leicht vergleichbar. Bei der Unterbringung handelt es sich in manchen Ländern um große Massenlager ohne ausreichende sanitäre Versorgung, anderswo zum großen Teil um dezentrale Unterkünfte, die wesentlich höheren Standards entsprechen. Auch sind in manchen Ländern die sprachlichen und kulturellen Unterschiede zur aufnehmenden Bevölkerung geringer (z. B. bei syrischen Flüchtlingen in Jordanien) als in anderen (z. B. bei syrischen Flüchtlingen in Schweden). Trotzdem: Blickt man auf diese Liste, relativiert sich das Selbstverständnis mancher europäischer Länder, schon viel zu viel für die Flüchtlinge dieser Welt zu tun. Dies gilt besonders, wenn man sich vor Augen führt, dass manche Länder dieser Liste zu den ärmsten Ländern dieser Welt gehören. Im Vergleich dazu und gemessen an unseren Möglichkeiten, tun wir als Länder der europäischen Union viel zu wenig. In der Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen wird in der deutschen Debatte immer wieder der problematische Satz bemüht: „Wer Kalkutta helfen will, sollte Kalkutta nicht zu sich holen.“ Auch wenn ein Kern Wahrheit in diesem Satz liegt, offenbart er ein Selbstbild von Deutschland, das in die Irre führt: Weder ist es gefordert, dass Bevölkerungen ganzer Länder nach Europa kommen, noch ist es tatsächlich der Fall. Sondern es geht um konkrete Hilfe, dort wo sie geboten und oft genug auch schon vereinbart ist. Viele Entwicklungen von 2015 hätten sich verhindern lassen, wenn man in den Jahren vor 2015 die Flüchtlingslager rund um Syrien ordentlich finanziert hätte – bereits zugesicherte Gelder wurden jedoch nicht an den UNHCR überwiesen. Auch beim sog. Türkei-pakt (der ja sehr umstritten ist) lässt sich beobachten, dass sich die EU-Staaten nicht an ihren Anteil des Paktes halten und den vereinbarten Teil der Flüchtlinge der Türkei abnehmen. In den letzten Monaten hört man immer wieder Medienberichte, dass die Lage im Flüchtlingslager auf Lesbos extrem angespannt ist. Leider führt dies nicht zu einer koordinierten Initiative der EU-Länder, Griechenland und vor allem den Menschen vor Ort in ihrer Lage zu helfen. Viel schlimmer noch ist die Lage in den libyschen Flüchtlingslagern – auch hier wird dies von Europa weitgehend tatenlos hingenommen. Auch dem Dublin-Abkommen wurde jahrelang beim Nicht-Funktionieren zugesehen, ohne dass dies die EU zu einer gemeinsamen Reform veranlasst hätte. Gefordert wäre in allen Fällen eine weitsichtige Politik, die selbst die Initiative ergreift, und nicht ein Aussitzen der Probleme, bis es zu spät ist. Deutschland hat in den Jahren um 2015 viele Flüchtlinge aufgenommen. Es ist deshalb sein gutes Recht, sich um eine faire Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der europäischen Länder zu bemühen. Bei solchen Forderungen sollte es aber stets bedenken, dass sich auch Deutschland lange Zeit bequem innerhalb der Grenzen des Dublin-Abkommens eingerichtet hat und Hilfesuche anderer europäischer Staaten lange ignoriert hat. Auch hat Deutschland nicht so viele Flüchtlinge aufgenommen, dass es schon an die Grenzen seiner Aufnahmemöglichkeiten gelangt wäre. Die in einer Umfrage aufgezeigte mehrheitliche Meinung in Deutschland, dass Deutschland weiterhin Flüchtlinge aufnehmen soll, auch wenn andere EU-Staaten keine oder weniger Flüchtlinge aufnehmen, ist vor diesem Hintergrund eine gute Nachricht.

## Den deutschen und europäischen Anteil an globalen Fluchtursachen reflektieren

Fakt ist: Die globalen Lebensbedingungen sind so ungleich, dass Menschen sogar ihr Leben auf das Spiel setzen, um etwas an ihrer persönlichen Lage zu ändern. Dieser Tatsache müssen wir ins Auge sehen, genauso wie der Tatsache, dass wir einen erheblichen Beitrag

zu den aktuell herrschenden Bedingungen verursacht haben. Nicht alle Bedingungen in den Herkunftsländern sind auf unsere Lebensweise zurückzuführen, aber viele. Wer Fluchtursachen bekämpfen will, sollte zuallererst hier ansetzen. Unsere Lebensweise zu verändern, haben wir selbst in der Hand. Eine kritische Selbsteinschätzung und ein mutiger Schritt in Richtung nachhaltige Entwicklung sind von uns allen gefordert.

## Anstrengungen in den Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe intensivieren

Viele Klimaforscher\*innen sagen: Das, was in den kommenden Jahrzehnten mit dem Weltklima zu passieren droht, ist ein Asteroideneinschlag in Zeitlupe. Naturkatastrophen wie Dürren und Überschwemmungen zerstören Lebensgrundlagen. 80 % aller Tierarten drohen auszusterben (beim Aussterben der Dinosaurier waren es 90 %.). Angesichts solcher Zahlen ist es absurd, von der Flüchtlingskrise aber vom Klimawandel zu sprechen. Ohne entschiedenen Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe nutzen die anderen Maßnahmen nichts. Die globalen Folgen der Klimakatastrophe werden oder sind bereits zum Fluchtgrund Nummer eins geworden, weit vor Krieg und politischer Verfolgung. Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht zum Beispiel die Millionenstadt Kairo, die schon jetzt von großer Armut betroffen ist, mit unabsehbaren Folgen für die Region. Um die Klimakatastrophe zu verhindern, sind umfassende politische und wirtschaftliche Maßnahmen nötig. Eine Verschleppung dringend notwendiger Reformen (z.B. Ausstieg aus der Kohlekraft) ist nicht mehr zu verantworten. Wichtig ist aber auch eine private Verantwortung der einzelnen Menschen. Wer in den Urlaub nach Thailand fliegt, braucht sich über Flüchtlinge aus Bangladesch nicht zu wundern.

**DIE SÜDDEUTSCHE ZEITUNG BERICHTET ÜBER EIN GEHEIMPAPIER VOM INDUSTRIEVERBAND BUSINESS EUROPE, DAS STRENGERE EUROPÄISCHE KLIMAZIELE VERHINDERN WILL.** – SZ am 19.09.2018

Link: [Bericht zum Strategiepapier.](#)

## Fairen Handel mit Afrika ermöglichen

Laut Gerd Müller, Bundesminister für Entwicklung, sind in den letzten Jahren die EU-Importe aus afrikanischen Ländern um 40 % zurückgegangen. Diese Entwicklung verläuft konträr zu Bemühungen, den afrikanischen Kontinent durch wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken. In einer Zeit, in der Europa in Furcht vor einem Handelskrieg mit Amerika ist, sollte man daher auch den Handel zwischen Europa und Afrika neu überdenken. Müller fordert eine Öffnung europäischer Märkte für afrikanische Güter. Dies kann nicht einfach nur über eine Senkung der europäischen Zollschränken geschehen, wie Müller fordert. Wie die FAZ recherchierte, ist es 44 der 54 Länder Afrikas nach derzeitiger gesetzlicher Lage ohnehin erlaubt, alles außer Waffen zollfrei und ohne Quote in die EU zu exportieren. Nicht pauschal Zollschränken

**„ICH GLAUBE AN DAS PRINZIP EINES GERECHTEN HANDELS ZWISCHEN ERZEUGERN, VERKÄUFERN UND KONSUMENTEN. ABER ICH BIN KRITISCH GEGENÜBER DER ART UND WEISE, WIE DER FAIRE HANDEL HEUTE UMGESETZT WIRD.“** – senegalesischer Ökonom Ndongo Sylla

Link: [Welt-Sichten-Interview mit Ndongo Sylla \(08.05.2017\)](#)

zwischen Afrika und Europa sind dabei das eigentliche Problem, sondern, dass der Handel zwischen zwei unterschiedlich potenten Handelsräumen stattfindet. Verläuft dieser Handel ungesteuert, verstärkt sich die Ungleichheit. Hier hatten Handelsabkommen zwischen der EU und afrikanischen Staaten eine fatale Wirkung, weil sie Zollschränken auf beiden Seiten gleichermaßen abbauten und viele afrikanische Staaten ihre Zölle daraufhin um bis zu 90% senkten. Auch die Bundesregierung hat an diesen [Handelsabkommen](#) mitgewirkt. Ein großer Kritikpunkt sind in diesem Zusammenhang die europäischen Agrarsubventionen, durch die die afrikanischen Märkte weitgehend zollfrei mit landwirtschaftlichen Billigprodukten überschwemmt werden können. Von 2021 bis 2027 sind im EU-Haushalt 370 Milliarden Euro für Agrarzahungen in der EU vorgesehen. Für die gesamte europäische Afrikapolitik lediglich 39 Milliarden Euro – von nichts kommt nichts. Wie aus den Diskussionen um TTIP bekannt, müssen Handelsbeziehungen zwischen Staaten fein austariert werden, dass eine Öffnung der Märkte nicht gleichzeitig die heimische Wirtschaft schädigt. Dieselbe Vorsicht, mit der wir unsere deutsche und europäische Wirtschaft schützen wollen, sollten wir auch den Wirtschaften unserer Handelspartner zubilligen. Ein wichtiger Punkt ist außerdem, dass afrikanische Länder dabei unterstützt werden, eigene Wertschöpfungsketten anzulegen, die Produkte im Land weiterverarbeiten und auf diese Weise nicht immer bloße Rohstofflieferanten bleiben müssen. Fairer Handel, der faire Preise z. B. für landwirtschaftliche Produkte bezahlt, ist wichtig, jedoch ist es nicht für alle Betriebe möglich, die Kriterien zu erfüllen, die für europäische Fair-Trade-Zertifikate erforderlich sind (vgl. das Interview im Kasten). Indem man kleinere Betriebe dabei unterstützt Teil größerer Wertschöpfungsketten zu werden, die insgesamt den Kriterien des fairen Handels entsprechen, bietet man so eine Möglichkeit, auch die ärmsten Betriebe zu unterstützen. Dies alles kann durch staatliches oder privatwirtschaftliches Engagement geschehen, immer aber mit dem Augenmerk darauf, was das europäische Ziel wirtschaftlicher Investitionen in Afrika sein sollte: afrikanische Wirtschaften nicht zu zerstören, sondern zu fördern.

## Waffenexporte an autoritäre Staaten stoppen

Deutschland zählt zu den fünf größten Waffenexporteuren weltweit. 2017 waren die Waffenexporte auf einem [Rekordhoch](#). Belieferte Länder waren u.a. Algerien, Ägypten, die Arabische Emirate, Saudi-Arabien und die Türkei. Ägypten, die Arabischen Emirate und Saudi-Arabien sind allesamt am Krieg gegen den Jemen beteiligt, die Türkei führt Krieg in den kurdischen Gebieten von Syrien und Nordirak. Waffen in Kriegs- und Krisengebiete, an autoritäre Regierungen zu liefern, erhöht die Unsicherheit auf der Welt. Wer Fluchtbewegungen verhindern will, muss solche Waffenverkäufe stoppen und an der Aufklärung über globale Waffenströme entschieden mitwirken.

# Herausgeberschaft

Bamberger Mahnwache Asyl

Kontakt: [es.sind.wir@gmail.com](mailto:es.sind.wir@gmail.com)

In wesentlichen Teilen geht der Text des „Masterplans der bayerischen Asylhelfer\*innen“ auf die „60 Forderungen zur Landtagswahl – für eine bayerische Asylpolitik mit Zukunft und Anstand“ zurück. Diese wurden im September 2018 veröffentlicht und von 103 Asylorganisationen in Bayern unterstützt.